

Post aus Berlin

Rundbrief der
AfD Landesgruppe Bayern
im Deutschen Bundestag



afdbayernbundestag.de

AfD

A red curved arrow pointing upwards and to the right, positioned below the "AfD" text.

Ampel plant Bauerntrick für neuen Schuldenhaushalt

Die Ampel-Koalition steuert auf einen Nachtragshaushalt 2024 zu. Grundlage hierfür soll die sich schlechter als erwartet entwickelnde Konjunktur in Deutschland sein, aufgrund derer die Schuldenbremse eine höhere Verschuldung zulässt als zu Jahresbeginn angenommen.

Wer gehofft hat, die Ampel könne sich aus sich selbst heraus reformieren oder von sich aus Korrekturen an ihrer Politik vornehmen, sieht sich abermals enttäuscht. Die einzige Lösung, die die Ampel auf ihre desaströse und verschwendungssüchtige Politik gibt, ist, weitere Gelder zu mobilisieren. Dass die Ampel zudem mit der ausschließlichen Begründung eines schlechteren Konjunkturverlaufs im laufenden Haushaltsjahr zu einem Nachtragshaushalt greift, ist ein Novum in der bundesdeutschen Geschichte: Die Ampel will mit diesem nie zuvor gezogenen Trick die Schuldenbremse faktisch auch für 2025 umgehen. Die Schuldenbremse ist seit 2020 nicht mehr regulär eingehalten. Das Geld fehlt an allen Ecken und Enden, die Kassen sind einfach leergeplündert. Lindner wird das „Kunststück“ schaffen, in seiner Amtszeit jedes Jahr mit finanziellen Ausnahmemaßnahmen regiert zu haben.

Ob Bürgergeld, „Klimaschutz“ im In- und Ausland, Kriegskosten, Migrationsfolgekosten, teure, aber nicht existente Chinaprojekte: Es gibt kaum einen Bereich, an dem die Kosten unter der Ampel-Politik unter Kontrolle sind. Doch aus der Ampel kommt keine realpolitische Idee, wie diesen Problemen wirksam begegnet werden könnte. Die einzige Antwort lautet regelmäßig: mehr Geld. Dass die rot-grün-gelbe Koalition selbst die Gründe für die schwächelnde Konjunktur schafft, auf die sie sich für ihren neuen Schuldenplan beruft, ist ebenfalls klar.

Die Zielrichtung des absurden Abgreifens „nicht genutzter“ Verschuldungsspielräume 2024 faktisch für 2025 ist eindeutig das kommende Wahljahr, in dem der FDP-Finanzminister dann „staatstragend“ verkündet wird, einen „seriösen Haushalt“ abgeliefert zu haben. Doch der geplante Nachtragshaushalt ist nichts weiter als die nächste Bankrotterklärung dieser Regierung, mit der sie die Abwärtsspirale in diesem Land noch eine Umdrehung weiterdrehen kann. Letztlich wird nur die AfD-Fraktion diesen Niedergang aufhalten können.

Peter Boehringer, MdB

Wahlkreis 232: Amberg

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

- Haushaltspolitischer Sprecher der AfD Fraktion
- Obmann und ordentliches Mitglied im Haushaltsausschuss
- Obmann im Unterausschuss zu Fragen der EU
- Stellv. Mitglied im Ausschuss für Angelegenheiten der EU
- Mitglied im Vorstand des Kuratoriums der KENFO-Stiftung

 pboehringer

 PeterBoehringer

 peter.boehringer@bundestag.de

 pboehringer

 www.pboehringer.de

 Peter.BoehringerCom

 pboehringer_mdb

 pboehringer

Politik zum Anfassen - Besuch in Berlin

Auch im Mai durften wieder über 40 interessierte Bürgerinnen und Bürger aus meinem Wahlkreis Dingolfing/Landau und Rottal-Inn auf meine Einladung die Bundeshauptstadt Berlin besuchen.

Am ersten Tag erfolgte nach Anreise mit dem Bus der Check-In im Hotel mit anschließenden Abendessen.

Der Donnerstag startete mit einer Führung durch die Dauerausstellung „Alltag in der DDR“.

Nach dem Mittagessen durfte die Gruppe den Plenarsaal im Deutschen Bundestag besuchen und erfuhr in einem Vortrag etwas über die Aufgaben und die Arbeit des Parlaments. Anschließend wurde die Kuppel besucht, welche einen weitreichenden Blick auf Berlin von oben gewährt.

Bei einer Stadtrundfahrt mit dem Reisebus am Donnerstagnachmittag und am Vormittag des nächsten Tages, konnte die Gruppe Berlin von seiner historischen Seite kennenlernen. Vorbei an vielen interessanten und geschichtlich relevanten Orten der Bundeshauptstadt, mit anschließendem individuellem Rundgang am Potsdamer Platz.

Der darauffolgende Besuch im „Futurium- Haus der Zukünfte“, mit Interaktiven Ausstellungen zu wichtigen Zukunftsthemen wie Klima, Wohnen, Er-

nährung und Technologie, drehte sich alles um die Frage: „Wie wollen wir leben?“. In der Ausstellung können mögliche Zukünfte entdeckt, im Forum gemeinsam diskutiert und im Futurium Lab dann eigene Ideen ausprobiert werden.

Zu guter Letzt besichtigten die Gruppe noch das Dokumentationszentrum „Topographie des Terrors“, welches über die zentralen Institutionen von SS und Polizei im „Dritten Reich“ sowie die von ihnen europaweit verübten Verbrechen informiert.

Der Abend stand den Reisenden zur freien Verfügung.

Am Samstag erfolgte die Heimreise mit dem Bus zurück in die Heimat.

Mehrere dieser politischen Bildungsreisen werden jährlich durch das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung organisiert und an alle Abgeordneten vergeben. Die nächsten Fahrten finden im August und November statt.

Für August sind noch Plätze verfügbar, Anmeldungen oder Fragen gerne per E-Mail an: wahlkreisbuero@stephan-protschka.de oder telefonisch 08731 3975555.

Stephan Protschka, MdB

Wahlkreis 230: Rottal-Inn

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

- Obmann im Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft
- Stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Wohnen, Stadtentwicklung, Bauwesen und Kommunen

 /StephanProtschkaMdB

 stephan.protschka@bundestag.de

 /protschka.stephan

 www.stephan-protschka.de

 /Protschka

 @stephan.protschka.mdb

 @AfDProtschka

 @protchkasposition

Energiewende unbezahlbar: Strompreis-Subvention fast 9 Milliarden Euro teurer - nur für 2024!

Die Kosten für die Energiewende übersteigen längst die kühnsten Schätzungen. Die ursprünglich für das Jahr 2024 geplanten Gelder für die Förderung von Sonnen- und Windstrom haben sich als völlig unzureichend erwiesen. Fast das gesamte Jahresbudget von 10,6 Milliarden Euro ist bereits zur Jahresmitte aufgebraucht. Wirtschaftsminister Habeck musste bei Finanzminister Lindner jetzt eine überplanmäßige Ausgabe von 8,769 Mrd. Euro beantragen.

Bislang sind 9,8 Mrd. von den verfügbaren 10,6 Mrd. ausgezahlt. Allein für die Monatsrate Juli sind laut neuen Prognosen aber weitere 2,1 Mrd. Euro nötig. Die Diskrepanz zwischen den niedrigen Marktpreisen und den hohen garantierten Preisen für Ökostrom führt zu einer erheblichen Belastung für die Steuerzahler, die abermals mit Milliarden für die fatale Energiepolitik der Regierung in die Bresche springen müssen, weil die flatterhaften „erneuerbaren Energien“ aus Wind und Sonne mal zu viel und mal zu wenig liefern. Wenn die Sonne gerade kräftig scheint und der Wind bläst, haben wir zu viel Strom im Netz und der Strompreis wird auf dem Markt sogar negativ. Je mehr Windräder und Solaranlagen es gibt, desto tiefer geht der Trend ins Negative!

Alle Betreiber dieser Anlagen bekommen einen garantierten Abnahmepreis pro Kilowattstunde – zum Beispiel 8 Cent. Ist der Strompreis negativ, zum Beispiel bei minus 8 Cent pro Kilowattstunde (was es schon gab, sogar noch tiefer), dann muss den Unterschied von 16 Cent der Steuerzahler berappen! Und genau dafür wird immer mehr Geld gebraucht, siehe oben. Es ist nicht abzusehen, welche Summe am Ende des Jahres wirklich aus dem Haushalt für 2024 abfließt. Die deutschen Verbraucher müssen schon heute weltweit mit die höchsten Preise für Strom zahlen, und das obwohl der Steuerzahler auch noch Geld drauflegt, wie hier gezeigt. Die 2004 vom grünen Umweltminister Trittin versprochenen monatlichen Kosten von einer Kugel Eis für dieses Experiment mit unserer Energieversorgung haben sich als dreiste Lüge erwiesen. Die AfD fordert das Ende der Energiewende und die Rückkehr zur Vernunft, denn Energie muss bezahlbar und sicher sein!



Wolfgang Wiehle, MdB

Wolfgang Wiehle, AfD

Wahlkreis 219 München-Süd
Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

Ordentliches Mitglied

- Haushaltsausschuss
- Verkehrsausschuss

Stellvertretendes Mitglied

- Ausschuss für Digitales
- Petitionsausschuss

 wolfgang.wiehle@bundestag.de

 /w.wiehle

 www.wolfgang-wiehle.de

8,8 Milliarden Euro mehr – weiteres Milliardengrab in der Energiewende

Das Jahr 2024 ist halb vorbei, aber das mit Steuergeldern gefütterte EEG-Konto von Finanzminister Lindner ist de facto leer. In den zähen und zum Teil verfassungswidrigen Haushaltsverhandlungen für das Jahr 2024 wurde das Konto mit stattlichen 12,6 Milliarden Euro ausgestattet und sollte für das ganze Jahr 2024 mit sauer verdienten Milliarden die staatlich bevorzugten Erzeuger unzuverlässigen Zappelstromes belohnen.

Wenig überraschend, bereits Mitte Juni sind diese Gelder fast vollständig aufgezehrt und die Regierung weiß nicht woher den Rest nehmen. Von Nachtragshaushalten ist die Rede – die staatliche Gier und Verschwendungssucht für die Früchte der Arbeit anderer kennt einmal mehr keine Grenzen und es wird schamlos getrickst und am Rande oder außerhalb der Legalität Politik gemacht.

Zwei Gründe für die Zunahme der Kosten möchte ich anführen und beide kommen nicht unerwartet, wurden von meinen Kollegen und mir auch oft und laut adressiert. Sie sind Teil des maroden, ineffizienten Gebildes genannt Energiewende.

Der erste ist die schlichte Überproduktion von Strom am Verbrauch und daher am Markt, vorbei. Dies ist der zufälligen wetter-, tages- und jahreszeitab-

hängigen Zufallsproduktion geschuldet, kombiniert mit blinder Ausbauwut. Sonne und Wind schicken zwar keine Rechnung, aber die Investoren in diese Projekte wollen die staatlich versprochene Kohle auf ihren Konten sehen. Produziert man aber am Bedarf vorbei, so sinkt der Preis und das Geld muss, per Gesetz, vom Staat eingetrieben werden.

Der zweite Grund liegt in der sinkenden Nachfrage des deutschen Strommarktes. Trotz Wärmepumpen und E-Mobilität sinkt der Verbrauch rapide. Konträr zu den Märchen der Energiewendeapologeten ist dies nicht Ausdruck einer magischen Effizienzsteigerung, sondern es sind die düsteren Vorboten der Deindustrialisierung unserer Republik. Als Folge sinkt die Stromnachfrage, damit der Preis und analog zu oben muss der Staat verstärkt einspringen und die logischen Löcher in seiner Planwirtschaft mit Steuergeld zuschütten.

Aus diesen Gründen sind 20 Milliarden Euro Steuergeld in 2024 zwar nicht weg, aber woanders, und zwar in den Taschen der Investoren und Spekulanten. Neben einer vernünftigen Steuerpolitik ist auch eine Rückkehr zur Vernunft in der Energiepolitik nötig, aber eben auch nur mit der AfD machbar.

Rainer Kraft, MdB Landesgruppenchef

Wahlkreis 253: Augsburg-Land

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

Obmann im Parlamentarischen Beirat für nachhaltige Entwicklung

Ordentliches Mitglied

- Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit
- Parlamentarischer Beirat für nachhaltige Entwicklung
- Ausschuss für Klimaschutz und Energie

Stellvertretendes Mitglied im Verkehrsausschuss

 @Dr_Rainer_Kraft

 www.rainer-kraft-mdb.de

 /RainerKraftAfD

 /dr.rainer.kraft

Bundeswehr Reserve - Wunsch und Wirklichkeit

„Die Bundeswehr soll bis 2029 „kriegstüchtig“ sein“! Das ist die Forderung, die Verteidigungsminister Pistorius (SPD) für unsere Streitkräfte formuliert. Als Bundestagsabgeordneter im Verteidigungsausschuss und als Mensch, der noch mit dem Nachkriegsleid der deutschen Bevölkerung aufgewachsen ist, lehne ich diese kriegstreibende Rhetorik konsequent ab. Stattdessen setze ich mich als Verteidigungspolitiker seit Jahren dafür ein, dass die Bundeswehr zum Schutze unseres Landes und seiner Bürger mit ausreichend Personal und Material wieder **verteidigungsfähig** wird.

Während die militärische Einsatzbereitschaft der aktiven Truppe trotz aller Absichtserklärungen weiter durch langwierige Beschaffungsvorgänge und die umfangreiche Abgabe von Material und Munition an die Ukraine bis hin zur verteidigungsunfähigkeit geschwächt ist, klaffen auch bei der Reserve Wunschdenken des Verteidigungsministers und Wirklichkeit weit auseinander. Nach dem neuen Operationsplan Deutschland (OPLAN DEU) als Rahmenrichtlinie für die Gesamtverteidigung geht bei der Landes- und Bündnisverteidigung ohne die Reserve nichts. Dazu sollen künftig bis zu 60.000 Dienstposten eingerichtet werden, auf denen Reservisten für feste Aufgaben eingeplant und befähigt werden, um mit der gleichen Ausstattung wie aktive

Soldaten im Ernstfall Schutz- und Sicherungsaufgaben übernehmen zu können. Darüber hinaus soll eine hohe Anzahl unbeorderter Reservisten einsatzbereit gehalten werden. Soweit der Wunsch. In Wirklichkeit hat die Bundeswehr nach Aussetzung der Wehrpflicht (im Jahr 2011 durch CSU-Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg) nicht einmal aktuelle Adressdaten, um diejenigen einzuberufen, die schon Wehrdienst geleistet haben. Freiwillige, die als Ungediente ohne militärische Vorerfahrung den Grundwehrdienst im neuen Schnellverfahren ableisten wollen, um anschließend Reservist im Heimatschutz zu werden, erwartet neben unzureichender und veralteter Infrastruktur ein unübersichtlicher Bewerbungsprozess mit einer Vielzahl komplizierter, händisch auszufüllender Formulare. Monatelanges Warten auf die erforderliche medizinische Untersuchung, unkoordinierte Zuständigkeiten und langwierige Überprüfungen, die sich auch noch von Bundesland zu Bundesland unterscheiden, führen dazu, dass die angebotenen Lehrgangsplätze nicht ausgeschöpft werden und die Motivation aller Beteiligten sinkt, mit der Folge, dass viele der Kandidaten ihre Bewerbung zurückziehen. Das ist für mich ein unhaltbarer Zustand und ich dringe darauf, dass die Bundesregierung hier schnellstens für Abhilfe sorgt.

Gerold Otten, MdB

Wahlkreis 221: München Land

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

Ordentliches Mitglied:

- Verteidigungsausschuss
- Unterausschuss Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung
- Interparlamentarische Konferenz für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik
- NATO Parlamentarische Versammlung

 /GeroldOttenAfD

 @gerold_otten

 /gerold.otten

Web: www.mdb-otten.de

 /t.me/MdB_Otten

Tempo 30 jetzt erst recht für den Klimaschutz, auch bei Gefahr für den Verkehr?

Der seit einiger Zeit um sich greifende Drang in Städten und Gemeinden, den Individualverkehr möglichst schwer zu machen, dürfte vielen Kommunalmandatsträgern schon untergekommen sein. Da sollen entweder Fahrbahnen oder Parkflächen weggenommen werden, überdimensionierte Radwege geplant oder eben die Höchstgeschwindigkeit abgesenkt werden. Bisher ein Hindernis für die üblichen Verdächtigen: Im Straßenverkehrsgesetz (StVG) sind als Voraussetzung in § 6 für entsprechende Verordnungen die Sicherheit (Abwehr von Gefahren) und die Leichtigkeit für den Straßenverkehr als Dreh- und Angelpunkte festgeschrieben. Das hat das Ganze noch etwas in der Realität verankern können. Die Ampel-Reform des StVG musste das freilich frontal angehen und wollte gerade den Klimaschutz zum einem (alleinigen) möglichen Ziel erheben. Ein bisschen versteckt natürlich weiter unten mit einem schön langen Absatz 4a. Schutz der Umwelt, Klimaschutz und Gesundheitsschutz tauchten da plötzlich auf.

dort ging es ziemlich hin und her. Schlussendlich wurde das Ziel des Umwelt- und Klimaschutzes wieder etwas eingenordet. Es darf nun nicht mehr eine Gefahr für den Verkehr darstellen. Man muss sich das einmal vor Augen führen, dass dies von der Ampel explizit ohne jede Gefahrprüfung gedrückt werden sollte! Verkehrsminister Wissing hatte blauäugig gemeint, das „würde so schon nicht gelten“. Hätte er sich von seinem FDP-Kollegen Justizminister Buschmann mehr rechtliche Beratung holen sollen.

Ein gutes Beispiel, dass es eben gerade wichtig ist, dass die AfD in den Bundesländern etwas zu sagen bekommt. Dann können wir noch ganz andere Dinge verhindern oder beeinflussen.

Es wird leider zu erwarten sein, dass Tempo-30-Zonen nun trotzdem erheblich ausgeweitet werden und ganze Gemeinden diese zum Normalzustand erheben. Gefahren und Behinderungen des Verkehrs sind schließlich dehnbare Begriffe. Richtig am Ziel sind wir daher natürlich allgemein erst mit einer AfD-Regierung auf Bundesebene.

Dies ging nun, nachdem das Gesetz 2023 im Bundestag durchgepeitscht worden war, dann einigen Bundesländern doch zu weit. Hinweise haben vorher nichts gebracht. Man blockierte es schlussendlich im Bundesrat. Für diesen Fall wird dann der sogenannte Vermittlungsausschuss angerufen und

Tobias Peterka, MdB stellv. Landesgruppenchef

Wahlkreis 237: Bayreuth

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

Ordentliches Mitglied

- Unterausschuss Europarecht
- Rechtsausschuss

Stellvertretendes Mitglied

- Ausschuss für Arbeit und Soziales
- Wahlausschuss

 /tobiasmpeterka  tobias.peterka@bundestag.de

 /tobiaspeterka

Betrug beim Klimaschutz aufgedeckt – Milliarden unserer Steuergelder verschwendet

Dass unsere Bundesregierung mit unseren Steuergeldern sinnlose Projekte in der ganzen Welt finanziert, ist ja inzwischen bekannt (Stichwort Radwege in Peru).

Dass aber nun sogar angebliche Energiewende-Projekte in China finanziert wurden, die in Wirklichkeit gar nicht existieren, ist ein Skandal sondergleichen.

Der Schaden für den Steuerzahler beläuft sich auf sagenhafte 4,5 Milliarden Euro!

Im Speziellen geht es hier um 75 „Klimaschutz“-Einzelprojekte, von denen 62 überhaupt nicht existieren, weitere zwölf wurden gar nicht geprüft und die Prüfung steht bis heute aus

So entpuppte sich ein Uiguren-Klimaschutzprojekt mal eben als leerstehender Hühnerstall – und wurde mit großzügigen 80 Millionen Euro gefördert.

Diese 80 Millionen stammen aus der Klimaabgabe, die den deutschen Autofahrern über die immer weiter steigenden Benzinpreise abgeknöpft werden.

Wie verschwenderisch und fahrlässig geht die Ampel eigentlich mit unseren Steuern um, die doch angeblich das Klima der ganzen Welt retten sollen?

Unsere Fraktionsvorsitzende Alice Weidel fordert zu Recht eine lückenlose Aufklärung darüber, warum unsere Steuern, ja unser erarbeitetes Geld, einfach so ohne Prüfung wahllos in die ganze Welt verteilt wird und – und das erinnert natürlich an den Habeck-Clan – wer die Profiteure sind und in welcher Beziehung sie eigentlich zur Ampel-Regierung stehen.

Das riecht verdächtig nach Vetternwirtschaft – oder einfach nach sehr, sehr naiver Stumpfsinnigkeit und Ignoranz.

Keiner schaut danach, die Gelder landen in den Taschen irgendwelcher korrupten Menschen. Das muss sich ändern, wir fordern Steuergerechtigkeit

Peter Felser, MdB

Wahlkreis 256: Oberallgäu

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

Ordentliches Mitglied

• Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft

Stellv. Mitglied

• Verteidigungsausschuss

Stellv. Vorsitzender Deutsch-Chinesische Parlamentariergruppe

Forst- und Jagdpolitischer Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion

 peter.felser@bundestag.de

 [@peter_felser](https://www.instagram.com/peter_felser)

 [@PeterFelser](https://twitter.com/PeterFelser)

 [@peterfelser_mdb](https://www.tiktok.com/@peterfelser_mdb)

 [/peterfelserafd](https://www.facebook.com/peterfelserafd)

 www.peterfelser.de

Wahrheit oder Scholz

Unser Bundeskanzler Olaf Scholz verfügt über so herausragende Eigenschaften, dass er sogar Pate für den Neologismus „scholzen“ ist. Das „scholzen“ umfasst spontane Erinnerungslücken, insbesondere hinsichtlich seiner persönlichen Beteiligung an illegalen Cum-Ex-Geschäften. Olaf Scholz hat beispiellose Talente darin, neue Wahrheiten zu erfinden.

Nachfolgend eine kleine Auswahl:

1. Rekordarbeitszeit Olaf Scholz spricht von einer „Rekordarbeitszeit“ der Deutschen. Das Gegenteil ist der Fall: die Deutschen noch nie so wenige Stunden pro Jahr gearbeitet haben wie in seiner Amtszeit.
2. Stabilität der Energiewende Scholz behauptet, dass die Energiewende keine allzu hohen Kostensteigerungen verursacht. Ein Blick auf individuelle Stromrechnungen und Heizkosten reicht, um diese „Wahrheit“ zu widerlegen.
3. Keine Steuererhöhungen Scholz verspricht, dass es keine Steuererhöhungen für den Mittelstand, wie die LKW-Maut, geben würde. In Wahrheit ist die Abgabenlast deutlich gestiegen.
4. Bekämpfung von Sozialbetrug Scholz verspricht eine rigorose Bekämpfung von Sozialbetrug, tatsächlich haben die neuen Bürgergeldbedingungen und die Ab-

schaffung der Sanktionsmöglichkeiten von Arbeitsunwilligen das Gegenteil bewirkt.

5. Wohnungsbau Scholz verspricht 400.000 neue Wohnungen pro Jahr. Tatsächlich werden es 2024 vermutlich weniger als 300.000 neue Objekte, Tendenz weiter sinkend.
6. Migration und Abschiebungen Scholz verspricht massenhafte Abschiebungen, tatsächlich bleibt fast jeder Migrant auch nach der Ablehnung seines Asylantrags im Land, obwohl er unmittelbar ausreisepflichtig wäre.
7. Solider Haushalt Scholz behauptet, der Bundeshaushalt sei solide finanziert, tatsächlich wurde der vergangene Haushalt 2023 für verfassungswidrig erklärt und musste erheblich nachgebessert werden. Auch für 2025 fehlen wohl bis zu 50 Milliarden € - eine kaum zu stopfende Lücke.

Selbst wenn das zwangsfinanzierte Staatsfernsehen und die willigen Presse-Claqueure seine Wahrheiten willfährig verbreiten, spüren immer mehr Bürger in ihrem täglichen Leben, dass diese vermeintlichen Wahrheiten nicht stimmen können. Aber anstatt eines Politikwechsels folgen massive Repressionen für Freiheit, Rechtsstaatlichkeit und Sicherheit. Deutschland braucht eine bessere Politik, Deutschland braucht die AfD.

Gerrit Huy, MdB

Wahlkreis 226: Weilheim

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

- Obfrau im Ausschuss für Arbeit und Soziales
- Ordentliches Mitglied im Ausschuss für Arbeit und Soziales
- Arbeitsmarktpolitische Sprecherin
- Obfrau Unterausschuss Bürgerschaftliches Engagement
- Stellv. Mitglied im Finanzausschuss

 gerrit.huy@bundestag.de

 [@GerritHuy](https://twitter.com/GerritHuy)

 [/gerrithuy.afd](https://www.facebook.com/gerrithuy.afd)

 www.gerrithuy.de

 [@gerrithuy.afd](https://www.instagram.com/gerrithuy.afd)

 t.me/gerrithuy

 [YouTube](https://www.youtube.com/gerrithuy)

 [@gerrithuy](https://www.tiktok.com/@gerrithuy)

EU-Wahl: AfD braucht „Mut zu Deutschland“ Neue Abgeordneten-Zeitung erschienen

Wahlsieger AfD trotz Dauerfeuer

Als Mitglied des EU-Ausschusses beobachte ich die Positionierung unserer AfD nach der EU-Wahl mit einem Stimmenzuwachs von 45 % – trotz medialem Dauerkrieg – mit größtem Interesse. Doch jetzt geht es darum, wie wir die Prozenze auch politisch in „PS“ umsetzen, die wir „auf die Straße bringen“.

Damit die europapolitische Programmatik der AfD und die Forderungen der Bundestagsfraktion gegenüber einer immer übergreifigeren EU auch durchgesetzt werden können, bedarf es einer klugen und mutigen Gratwanderung. Auf ihrem Weg zur Macht versuchen patriotische Kräfte wie Marine Le Pens RN auf kurzfristige und opportunistische Weise Partner wie die AfD abzustößen. Man hofft als zukünftige Regierungspartei, von deutschen Altparteien-Regierungen weiterhin großzügig mit deutschem Steuerzahlergeld versorgt zu werden. Grundlegende Herausforderungen wie eine Remigrationsagenda versucht man feige zu umschiffen und sie der AfD zu verbieten, um von den medialen Machtbrokern beim Aufstieg ja toleriert zu werden.

Selbst als programmatisch gebleichten und politisch profillosen Bettvorleger würde die ID-Fraktion die AfD nicht mehr dulden. Brauchen wir solche „europäischen Partner“? Sicher nicht. Ge-

wählt wurde die AfD nicht für eine EU-politische Anbietderung um ID-Gelder abzusahnen, sondern für das Vertreten deutscher Interessen – notfalls auch im Konflikt mit anderen Parteien, die sich Deutschland gerne auf Dauer als Melkkuh der EU halten würden. Entsprechend bestärkt die von mir initiierte und vom Landesvorstand Bayern einstimmig eingebrachte Resolution „Mut zu Deutschland“ beim Bundesparteitag in Essen die neu gewählten EU-Abgeordneten: Steht in EINIGKEIT ein für unsere Spitzenkandidaten und geht euren EIGENEN Weg in der Umsetzung der von der PARTEIBASIS bestimmten Programmatik.

Ohne Aufklärung der Bevölkerung – keine politische Wende. Ohne ein Durchdringen der „AfD-Blase“ – keine Aufklärung neuer Zielgruppen. Über die Briefkästen versuchen wir neue Menschen mit unseren Botschaften zu erreichen: Die erste Ausgabe von 20.000 Exemplaren wurde Dank vieler Freiwilliger schon fast vollständig verteilt. Schwerpunktthema der ersten „WendeZeit“ ist die Aufarbeitung der desaströsen Corona-Politik und ihrer Folgeschäden. Die nächste Zeitung widmet sich dem Thema „Krieg & Frieden in Europa“.

Dr. Rainer Rothfuß, MdB

Wahlkreis 256: Oberallgäu

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

- Ausschuss für Angelegenheiten der Europäischen Union
- Petitionsausschuss
- Stellvertretendes Mitglied: Interparlamentarische Konferenz für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) und GSVP
- Stv. Vorsitzender der Deutsch-Brasilianischen Parlamentariergruppe

✉ rainer.rothfuss@bundestag.de

📘 /Dr.Rainer.Rothfuss

🌐 www.rainer-rothfuss.de

📍 t.me/rainerrothfuss

📺 /@DrRainerRothfuß

🐦 /DrRothfuss



**Politik für Deutschland
Bayerische Landesgruppe der AfD im Bundestag**